

Sufibewegungen in Anatolien – von den Seldschuken zur AKP –

Der Islam in der Türkei hat viele Gesichter. Eines davon ist der politische Islam der Sufis. Obwohl die aktiven Mitglieder von Sufiorden und -gemeinden wahrscheinlich keine fünf Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, haben sie in den letzten Jahrzehnten die Politik des Landes nachhaltig beeinflusst. Ihr Einfluss steht im krassen Widerspruch zum kemalistischen Laizismusprinzip, der Trennung von Religion und Staat. Seit Mustafa Kemal Atatürk hat sich jedoch das Laizismusverständnis in der Türkei gewandelt und Sufiorden und -gemeinden konnten mit neuen Methoden ihren Einfluss zurückgewinnen, einen Einfluss, den die ältesten Orden unter ihnen schon in seldschukischer Zeit besessen hatten.

Im 9. Jh. hatte die Mystik Einzug in den Islam gefunden. Die frühen islamischen Mystiker hatten zum Zeichen ihrer asketischen Demut ein weißes Wollkleid getragen. Wahrscheinlich war es dieser Wollumhang gewesen, der ihnen die Bezeichnung „Sufis“ eingetragen hatte, nach dem arabischen Wort *suf* für Schurwolle. Ziel der Sufis war es, die dem Menschen innewohnenden Triebe zu überwinden und sich in einem oft ekstatischen Zustand der Reinheit, Vollkommenheit mit dem göttlichen Ganzen, mit Gott, zu vereinen.

Bis zum 12. Jh. bildeten sich Orden und Bruderschaften der Mystiker heraus, die auf unterschiedlichen Wegen (arab. *tariqa* – Pfad) die Vereinigung mit Gott anstrebten. „Sufismus“ bezeichnet daher sowohl die spirituelle Orientierung (Mystik) im Islam als auch deren Institutionalisierung durch Sufiorden mit religiös-politischen Funktionen.

Schüler eines Ordensgründers zogen als Wanderprediger umher und verbreiteten die Lehren ihres Meisters. Da sie, wie schon die ersten Sufis, keinen Wert auf prunkvolle Gewänder legten und, da sie auf die Mildtätigkeit Anderer angewiesen waren, bezeichnete man sie als „Derwische“, abgeleitet vom persischen Wort *darvish* – Bettler.

Die Wanderprediger konnten sesshaft werden, Anhängerschaft um sich sammeln und so an neuen Orten ein Ordenshaus (türk. *tekke*, auch *zaviye* bzw. *dergah*) für einen Ableger des Ordens bauen. Besonders gelehrte Prediger entwickelten die Lehren ihres Meisters weiter. Neue Zweige eines Ordens (türk. *tarikât*) entstanden, die durch eine „spirituelle Kette“ (türk. *silsile*) mit dem Gründer verbunden blieben. Im Laufe der Zeit gingen daraus weit verzweigte Orden hervor, deren einzelne Glieder zwar über die spirituelle Kette miteinander verbunden, organisatorisch jedoch voneinander unabhängig waren.

Oberhaupt eines Ordens war (und ist) ein „Scheich“ (arab. *shaikh* – Ehrwürden). Zu Lebzeiten erklärte er seinen fähigsten Schüler zum „Kalifen“ (türk. *halife*), Stellvertreter, der nach seinem Tod die spirituelle Linie des Ordenszweigs weiter führen sollte. Häufig wurden nahe Verwandte – Sohn, Neffe, Enkel oder Schwiegersohn – direkte Nachfolger. Andere Kalifen konnte ein Scheich ausschicken, um weitere Ableger des Ordenszweiges zu gründen. Gemeinsame spirituelle Herkunft und Heiratsbeziehungen führten zu Netzwerken unter den Ordenszweigen, Konkurrenzkampf zu erbitterten Feindschaften.

Mit den Seldschuken kam der Islam, die Osmanen machten ihn zur Staatssache

Seldschukische Nomadenkrieger, muslimische Turkmenen aus den Steppen Zentralasiens, hatten 1071 bei Mantzikert (Malazgirt) nördlich des Vansees das byzantinische Heer geschlagen. Neun Jahre später errichteten sie das Sultanat der Rum-Seldschuken in Anatolien. *Rum* (Rom) stand für Ostrom, Byzanz. Aus politischen Gründen bekannten sich die Sultane zum orthodoxen sunnitischen Islam. Abseits ihres Machtzentrums trugen extreme Sufibewegungen zur Verbreitung des Islam in Anatolien bei, eines Islam, in welchem noch viele Elemente eines ehemaligen Schamanentums fortlebten.

Der Mongolensturm unter Dschingis Khan (Großkhan 1206-1227) trieb Anfang des 13. Jh. weitere Turkmenenstämme aus Zentralasien nach Süden und Westen. Andere kamen mit den Mongolenheeren. Auch diese Turkmenenstämme waren inzwischen Muslime geworden. Der Sufisheich Ahmed Yesevi (*Ahmad Yasawi*, gest. 1166) und seine Schüler hatten den Islam unter ihnen verbreitet. Sie hatte den Stämmen die islamische Mystik in einer den nomadischen Traditionen angepassten Form ohne subtile Theologie vermittelt. Ihre Lehren beinhalteten auch die *Ghazwa*, die „Razzia“ (Überfall) als Glaubenskampf gegen Nicht-Muslime und Abtrünnige vom Islam. Mit den neuen Stämmen brachten von Yesevi beeinflusste Sufis dessen Lehren auch nach Anatolien.

Die seldschukischen Sultane hatten ihre turkmenischen Stammeskrieger, die eine ständige Bedrohung der Bauern und Handelskarawanen dargestellt hatten, als „Grenzschutz“ in den Süden und Osten des Reiches verbannt. Mit der *Ghazwa* bekamen die Beutezüge der Turkmenen eine neue, religiöse Dimension. Angeführt von Wandererwischen, erhoben sich die Turkmenen des Sultanats im Babailer-Aufstand gegen die Herrschaft der Sultane. Sultan Kayhusrev II. (1237-1246) schlug 1240 den Aufstand mit blutiger Härte nieder und ließ die Anführer hinrichten. Die Vernichtung der eigenen Grenztruppen kam dem Sultan jedoch teuer zu stehen. Drei Jahre später (1243) unterlag sein Heer am Köse Dağ nordöstlich von Sivas den Mongolen. 1303 richteten die Mongolen den letzten männlichen Nachkommen der Sultane hin, das Sultanat der Rum-Seldschuken erlosch.

Zu den Fürstentümern (*beylikler*), in denen Turkmenenführer die Nachfolge der Rum-Seldschuken angetreten hatten, gehörte auch das der Osmanen. Die Osmanen waren aus ihrer zentralasiatischen Heimat geflohen und hatten sich in der ersten Hälfte des 13. Jh. bei Söğüt nordwestlich von Eskişehir niedergelassen. Es war ein unruhiges Grenzgebiet zu Byzanz, in welchem sie dem damals noch herrschenden Sultanen der Rum-Seldschuken als Vortrupp (*akıncı*) dienten. Der Schwiegervater des ersten Osmanen, Osman I., war der Sufischeich Erdebali (gest. 1325) mit engen Verbindungen zu den *Rum Abdaları*, Derwischen, die aus der Babailer-Bewegung hervorgegangen waren.

Die ersten beiden osmanischen Fürsten, Osman und sein Sohn Orhan, gingen als Gazi (*ghazi*) in die osmanische Geschichte ein. Gazi war der Ehrentitel von Anführern der *Ghazwas* geworden. Nach und nach dehnten die Osmanen ihr Herrschaftsgebiet weiter auf byzantinischen Boden aus. 1361 eroberte Murad I. (1359-1389) Adrianopel (Edirne), das er 1369 zur Hauptstadt seines Reiches machte. Er war der erste Osmane, der sich offiziell den Sultanstitel zulegte.

Mehmed II. (1451-1481) festigte durch seine Eroberungen die Stellung der Osmanen in Anatolien und auf dem Balkan. Seinen Beinamen *Fatih* (der Eroberer) erwarb er sich 1453 durch die Eroberung von Konstantinopel. Der Sieg über das christliche Istanbul erhob ihn zum einzigen „Halter des Schwertes der *Ghazwa*“ in der islamischen Welt. Die *Ghazwa* wurde nun legitimates Prinzip des Sultans, selbst seinen muslimischen Rivalen gegenüber. Er bezichtigte sie, gegen die wahren Interessen des Islam zu verstoßen, weil sie mit ihren Feindseligkeiten seine, Mehmeds, *Ghazwa*-Aktivitäten behinderten.

Folgerichtig verleibte Mehmed II. dann auch 1468 die letzten beiden seldschukischen Nachfolgestaaten in Anatolien seinem Reich ein. 1473 besiegte er seinen mächtigsten Rivalen im Osten, Uzun Hasan, den Herrscher der turk-mongolischen Akkoyunlu.

Der Enkel von Mehmed II., Selim I. (1512-1520), zeigte den gleichen Eroberungsdrang wie sein Großvater. Selim, mit dem Beinamen *Yavuz*, „der Gestrenge“, setzte die osmanischen Eroberungen nach Osten und Süden fort. Im Süden besiegte er die Mameluken und nahm Syrien, Palästina mit Jerusalem und schließlich 1517 Ägypten ein. Unter den Gefangenen, die er aus Ägypten nach Istanbul bringen ließ, befand sich auch al-Mutawakkil, der Spross einer Seitenlinie der abbasidischen Kalifen, die nach der Eroberung von Bagdad durch die Mongolen (1258) am Hofe der Mameluken in Ägypten Aufnahme gefunden hatte. Diese Kalifen hatte keine politische Macht mehr besessen sondern den Mameluken lediglich dazu gedient, ihren Vorranganspruch unter den islamischen Herrschern zu untermauern.

Nachdem der osmanische Sultan Selim I. die heiligen Städte Mekka und Medina den Mameluken abgenommen und sich zu deren Kustode (arab. *sharif*), erklärt hatte und nachdem er al-Mutawakkil an seinen Hof geholt hatte, legte er sich den Titel „Erbe des obersten Kalifats“ zu. Aber erst sein Sohn und Nachfolger, Süleyman I. (1520-1566), bezeichnete sich ab 1560 als „Kalif“, als Oberhaupt aller sunnitischen Muslime. Unter Süleyman I., bei uns als „der Prächtige“ bekannt, standen die Türken 1529 das erste Mal vor Wien. Für die Türken ist er „der Gesetzgeber“ (*Kanuni*). Er ließ die Gesetzsammlung seines Großvaters Mehmed II. auf der Grundlage der Scharia (türk. *şeriat*) systematisieren und auf alle Lebensbereiche sowie die Verwaltung erweitern. Damit führte er im Osmanischen Reich die an der hanafitischen Rechtsschule orientierte Scharia als Rechtsgrundlage ein.

Über die Einhaltung der Scharia im Osmanischen Reiche wachte der Scheich al-Islam (*Şeyh ül-İslam*). Schon unter Selim I. hatte der Mufti (*müftü*) von Konstantinopel als oberster muslimischer Geistlicher der Stadt eine herausragende Stellung unter den Rechtsgelehrten und Theologen des Reiches eingenommen. Ebu Suud (*Abu 'l-Su'ûd*), Mufti der osmanischen Hauptstadt 1545-1574, baute diese Stellung weiter aus. Nach ihm waren alle Muftis von Konstantinopel „Scheich al-Islam“ und gleichzeitig Amtsträger in der Regierung der Sultane in einer Position, die gleich nach der des Großwesirs rangierte. Dadurch konnten sie erheblichen Einfluss auf die Staatsgeschäfte nehmen. Zu ihren

Aufgaben gehörten Rechtsgutachten, Fatwas, auf der Basis der Scharia, die sich auf Gesetze des Sultans, auf die Innen- und die Außenpolitik oder auf Belange des Alltags beziehen konnten. Ein Fatwa von Ebu Suud z. B. bescheinigte dem Kaffeetrinken religiöse Unbedenklichkeit.

Die turkmenischen Stammesverbände an der ostanatolischen und der nordsyrischen Grenze widersetzten sich der islamischen Orthodoxie. Unter ihnen hatte der Safawiorden (*Safeviye*) aus Ardebil in Persien zahlreiche Anhänger, die sich als Kizilbasch (*Kızılbaş*) aktiv an den Kriegszügen des Ordens beteiligten. Als der Safawiden-Schah Ismail I. (Schah von Persien 1501-1524) 1507 Gebiete der Akkoyunlu in Südostanatolien eroberte, entstand im Osten eine neue Gefahr für das Osmanische Reich. Eine nachhaltige safawidische „Propaganda“ (*da`wa*) unter den Turkmenen alarmierte die Osmanen. Wiederholt zettelten von Schah Ismail als Missionare zu den Stämmen gesandte Derwische Aufstände an.

Was hatte den Safawiorden so mächtig werden lassen? Es war zum einen der unbedingte Gehorsam der Kizilbasch gegenüber dem Ordensoberhaupt Hatayı (Schah Ismail), ihrem spirituellen Führer, den sie als göttlichen Messias, Mahdi (türk. *mehdi*), verehrten. Zum andern kam die Militanz des Ordens der *Ghazwa*-Tradition der Turkmenen nahe. Besonders die Grenzstämme im Osmanischen Reich sahen in der Safawiye eine Alternative zur sunnitischen Orthodoxie des Zentrums, die ihre traditionellen Vorstellungen und Lebensweisen einschränkte. Die *Safeviye/Kızılbaşlıye* war sowohl eine auf Heilserwartungen basierende religiöse als auch eine soziale Revolution.

1514 ging Selim I., der Gestrenge, militärisch gegen Schah Ismail vor. Nordöstlich des Vansees, bei Çaldıran, trafen beide Heere aufeinander. Neun Tage später nahm Selim I. Täbris ein, das Ismail zu seiner Hauptstadt gemacht hatte. Im nächsten Jahr eroberten osmanische Truppen die safawidischen Gebiete in Ostanatolien.

Die Kette von religiösen Kizilbasch-Aufständen riss allerdings nicht ab. Auch nach dem Tod von Schah Ismail stellte die safawidische Propaganda eine Bedrohung für den osmanischen Staat dar. 1534 und erneut 1548 eroberte daher Süleyman I. Täbris; 1535 entriss er Bagdad und damit Mesopotamien dem Safawidenreich. Erst 1555 beendete ein Friedensschluss in Amasya die Feindschaft zwischen dem Osmanischen und dem Safawidischen Reich für die nächsten 30 Jahre.

Einige Historiker vertreten die Meinung, dass die Rivalität zu den Safawiden Süleyman I. dazu bewogen habe, in seinem Reich die sunnitische Scharia einzuführen, um der schiitischen Propaganda entgegenzuwirken.

Die wichtigsten Orden der Osmanen

Mit ihren Netzwerken von Ordenszweigen hatten Sufiorden im Osmanischen Reich erheblichen politischen Einfluss besessen, und der Staat hatte Loyalität mit der Zuweisung von Pfründen (z. B. Einnahmen aus der Verwaltung frommer Stiftungen) belohnt.

Weit verbreitet Ordenszweige im Osmanischen Reich waren die der sunnitischen Kadiri, Nakschibendi, Khalwati und Mewlana sowie der alewitischen Bektaschi. Von diesen Orden sind die Mewlana und die Bektaschi im Reich der Rum-Seldschuken in Anatolien entstanden. Sie stellen somit eine urtümlich türkische Ausprägung der Ordensbewegung dar.

Der Mewlanaorden (*Mevleviye*) ist der älteste Sufiorden auf anatolischem Gebiet. Sein Gründer war der Sufi und Dichter Mevlana (etwa: Eminenz) Celâleddin Rûmî aus Balkh im heutigen Afghanistan, der in Konya wirkte. Nach seinem Tod 1273 bauten Anhänger ein Mausoleum (*türbe*) für ihn; später entstand bei seinem Grab das Mutterhaus der Mewlana. In ihm residierte der Großmeister des Ordens, der *Çelebi* (ursprünglich „Prinz“). Ab 1320 breitete sich der Orden, dessen Mitglieder sich durch wirbelnden Kreistanz, begleitet von Musik, in Ekstase versetzen, auch in anderen Teilen Anatoliens aus. Bereits unter den Seldschuken hatte der Orden einen elitären, höfischen Charakter, den er auch unter den Osmanen beibehielt. Murad II. (1431-1451) holten den Orden an seinen Hof nach Edirne und ab dem späten 15. Jh. gürtete der jeweilige Großmeister des Mewlanaordens einen neuen Sultan in der Eyüp-Moschee bei Istanbul mit dem Schwerte Osmans, was der Krönungszeremonie europäischer Herrscher entsprach.

Hacı Bektaş Veli, der um 1271 verstorbene Namensgeber des Bektaschiordens (*Bektaşiyeye*), war ein turkmenischer Wanderderwisch, der ebenfalls aus dem nördlichen Afghanistan nach Anatolien gekommen war und sich im heutigen Ort Hacıbektaş bei Kırşehir niedergelassen hatte. In den Quellen des Ordens wird Hacı Bektaş allerdings erst Anfang des 15. Jh. als legendenumwobener Ordensgründer erwähnt. Als erster Vertreter des Ordens gilt Abdal Musa, ein Volksmystiker des anatolischen Derwischiums im 14. Jh. Die endgültige Ausprägung des Bektaschiordens erfolgte Anfang des 16.

Jahrhunderts unter den als Heiligen verehrten Balim Sultan (gest. 1516). Seit dieser Zeit gibt es zwei Arten der Ordensmitgliedschaft: als „Kind der Lenden“ (*bel evladi*) durch Abstammung und als „Kind des Weges“ (*yol evladi*) durch den Beitritt. Zu den „Kindern der Lende“ gehörte das Geschlecht der Çelebiyan, das seine Abstammung auf Hacı Bektaş zurückführt. Es stellte das religiös-politische Oberhaupt des Ordens, den *Çelebi*. Die „Kinder des Weges“, der Babağan-Zweig des Ordens, blieb eine Beitrittsgemeinschaft mit individueller Initiation und gewählter Führung. Ihre Führer waren die *Babalar* (Väter), die Vorsteher der im ganzen Osmanischen Reich verstreuten *Tekke* und *Zaviye*; Oberhaupt aller *Babalar* war der „Hochmeister“, der *Dedebaba* (Großvater). *Çelebi* und *Dedebaba* lebten im Ordensmutterhaus (*pirevi*) im Ort Hacıbektaş beim Grab des Ordensgründers.

Die Bektaschi haben bis heute viele Züge des mittelalterlichen anatolischen Derwischiums bewahrt. Die volksnahe Mystik der Kizilbasch auf dem Lande erfuhr durch die Bektaschi in den Städten eine philosophische Ausprägung. Ebenso wie bei den Kizilbasch genießen auch bei den Bektaschi die Imame Ali, Hasan und Hüseyin eine fast göttliche Verehrung. Vom schiitischen Orden der Hurufi (*Hurûfîya*) übernahmen die Bektaschi die Vorstellungen von ständig wiederkehrenden Zyklen des Universums und die Buchstaben- und Zahlenmystik.

In Südanatolien und auf dem Balkan, besonders in Albanien, absorbierte der Orden andere Ordensbewegungen und christliche Sekten, wodurch er weite Bevölkerungskreise als Anhänger gewann. Dabei forderten die Bektaschi keine strikte Befolgung einer speziellen Ordensdoktrin. Ihr Motto war: „Ein Weg, 1001 Herden“ (*yol bir, sürek binbir*), eine Metapher, die sich auf die Gewohnheiten bei den Weidewanderungen von Nomaden bezog.

Wiederholt griffen sunnitisch-orthodoxe Korangelehrte die Bektaschi ihrer heterodoxen Riten und Glaubensvorstellungen wegen scharf an. Ein Verbot des Ordens konnten sie jedoch nicht durchsetzen, da die Bektaschi über die Janitscharen (*Yeni Çeri*) fest in den osmanischen Staat eingebunden waren.

Anfänglich von Sultan Murad I. im 14. Jh. als eine aus Nicht-Muslimen rekrutierte Leibwache eingeführt, hatte Mehmed II. diese Truppe zur Eliteeinheit für die Eroberung befestigter Städte umgewandelt und dem Bektaschiorden die geistliche Aufsicht über die Janitscharen gegeben. Im 17. Jh. verloren die Janitscharen allerdings ihre militärische Bedeutung. Sie nahmen nicht mehr an Feldzügen teil sondern erfüllten zeremonielle Aufgaben bei Hofe. Als die Sultane versuchten, das Heerwesen im Reich zu modernisieren und die kostspieligen Janitscharen vom Etat zu streichen, widersetzten sich diese. 1826 mobilisierte Sultan Mahmud II. (1808-1839) andere Truppenteile, um einen Aufstand der Janitscharen blutig niederzuwerfen. Anschließend löste er das Janitscharenkorps auf. Gleichzeitig ging er auch gegen den Bektaschiorden vor, deren Ordenshäuser er zerstören ließ oder anderen Orden über eignete. Wenige Jahre später erneuerte sich der Orden als mystische und philosophische Bewegung in den größeren Städten (z. B. in Konstantinopel, Izmir und Saloniki), und Mitte des 19. Jh. begann er auch mit dem Wiederaufbau der zerstörten Ordenshäuser.

Der Orden der Kadiri (*Kadiriye*) führt sich auf `Abd al-Qadir al-Djîlânî (gest. 1166) zurück, dem Leiter einer Rechtsschule des hanbalitischen Rechts in Bagdad. Bereits unter den Schülern von Djilani entstanden verschiedene Zweige des Ordens, die sich über die islamische Welt verbreiteten. In Anatolien sind Zweige des Ordens seit dem Ende des 16./Anfang des 17. Jh. anzutreffen. Die Scheichwürde ist bei den Kadiri innerhalb einer Familie erblich.

Das Zeichen der Kadiri-Ordenszweige in der Türkei ist eine grüne Rose. Bei der Aufnahme in den Orden heftet der Scheich diese Rose an die Fellkappe (*taç*) des neuen Mitgliedes. Um in Ekstase zu verfallen, rezitieren die Kadiri rhythmisch formelhafte Lobpreisungen Allahs. Zur Begleitung ihrer Zikir (arab. *dhikr*) Riten verwendeten die Kadiri Rhythmusinstrumente wie z.B. das Schellentamburin (*tef*).

Gründer der Ordensbewegung der Nakschibendi (*Nakşibendiye*) war Baha ed-Din Naqshband (gest. 1389) aus Ostpersien, einem Teil des heutigen Usbekistan. Von dort breitete sich die Ordensbewegung nach Westen aus und fasste im 15. Jh. in Konstantinopel Fuß. Eine Erneuerung erfuhr die Ordensbewegung der Nakschibendi Anfang des 19. Jh. durch den Mawlana Khalid Bagdadi (gest. 1827), einem Kurden. Er hatte großen Zulauf von Arabern, Türken und Kurden gleichermaßen und ernannte zahlreiche Kalifen.

Mawlana Khalid forderte von seinen Anhängern gründliche Kenntnisse des Koran und der Sunna sowie eine absolute Einhaltung der Scharia. Um die Einheit mit Allah zu erlangen, zelebrieren die Anhänger stille Zikir-Riten; Musik und Tanz lehnen sie ab.

Durch die starke Betonung von Sunna und Scharia waren die khalidischen Nakschibendi für die orthodoxen Korangelehrten akzeptabel und im 19. Jh. war ein Nakschibendi-Scheich wiederholt Scheich al-Islam. Ende des Jh. besaßen die Ordenszweige der Nakschibeni mehr Tekke in Konstantinopel als jeder andere Orden. In der reformistischen Tanzimat-Periode unter Sultan Abdul Medschid (1839-1861) sträubten sich die Nakschibendi als konservative Sunniten gegen alle Liberalisierungs- und Modernisierungsvorhaben: gegen die Einführung der konstitutionellen Monarchie und gegen die Gleichstellung von Nichtmuslimen mit Muslimen vor dem Gesetz.

Als Gründer des Khalwatiordens (*Halvetiye*) gilt Omar al-Khalwati (gest. 1397 in Täbris). Im 15. Jh. gelangte der Orden nach Anatolien. Sultan Bayezid II. (1481-1512) förderte ihn und holte ihn nach Konstantinopel. Unter Süleyman II. hatten viele hochgestellte Persönlichkeiten der osmanischen Verwaltung und des Hofes Verbindungen zu diesem Orden. Anfang des 19. Jh. erfuhr auch dieser Orden eine Erneuerung. Der Scheich Kuşadalı (Ibrahim Khalwati, gest. 1845) lehrte eine neue Innerlichkeit, die von jedem für sich durch Meditation erreicht werden kann, wobei der Scheich lediglich passive Hilfestellung leistet. Der Khalwatiorden verzichtet auf alle äußeren Zeichen des Sufismus wie Ordenshäuser, gemeinsame Zeremonien, Musik und Tanz oder eine spezielle Kleidung und eine Kopfbedeckung, die sich bei anderen Orden in Farbe und Wicklung voneinander unterscheiden.

Vom Laizismus zur Türkisch-Islamischen-Synthese

Als Mustafa Kemal Pascha 1923 aus den Trümmern des Osmanischen Reiches die Republik Türkei schuf, sah er im traditionellen Islam und seinen Vertretern ein Haupthindernis für die Modernisierung des Landes. Modernisierung bedeutete für ihn Angleichung aller Lebensbereiche an die „Zivilisation“ des Westens. Zur Umgestaltung der Türkei in einen westlichen Staat gehörte auch die Trennung von Religion und Politik, der „Laizismus“. Aus taktischen Gründen ging Mustafa Kemal Pascha dabei schrittweise vor. 1924 schaffte er das Kalifat und die Stellung des Scheichs al-Islam ab. Gleichzeitig löste er das Ministerium für Schariatsangelegenheiten und für Religiöse Stiftungen auf und richtete ein „Direktorium für Religiöse Angelegenheiten“ mit reduzierten Zuständigkeiten ein. Das islamische Recht ersetzte er durch westeuropäische Gesetzgebungen und an die Stelle der Schariatsgerichte traten weltliche Gerichte. 1924 wurden unter Aufsicht des Bildungsministeriums alle Bereiche des Bildungswesens vereinheitlicht und säkularisiert und die Medresen, die islamisch-theologischen Hochschulen, abgeschafft. Ein Gesetz machte den Besuch der neuen Volksschulen zu Pflicht. Bis 1939 verschwand den Religionsunterricht aus allen Schultypen des Landes.

1928 strich die Nationalversammlung ersatzlos den Artikel der ersten Verfassung der Republik, der vier Jahre zuvor den Islam zur Staatsreligion erklärt hatte. Weitere Maßnahmen, die mit der osmanisch-islamischen Tradition brachen, waren die Übernahme des gregorianischen Kalenders an Stelle der islamischen Hidschra-Zählung (1926) sowie die Einführung des „türkischen“ Alphabets, eines modifizierten lateinischen Alphabets, an Stelle der arabischen Schrift (1928).

Nach der Abschaffung des Kalifats hatte der kurdische Nakschibendi Scheich Said aus Palu in der Provinz Elazığ zum „heiligen Krieg“ (arab. *dhihād*, türk. *cihat*) gegen die religionsfeindliche Regierung in der neuen Hauptstadt Ankara aufgerufen und die Wiederherstellung von Kalifat und Scharia gefordert. Die Palu-Scheichs gehörten zu der unter den Kurden verbreiteten schafiiitischen Rechtsschule, die sich in einigen Auslegungen der Scharia von der hanafischen Rechtsschule unterscheidet.

Im Februar 1925 brachen an mehreren Stellen gleichzeitig Unruhen aus. Scheich Said, der mit dem Führungsklan eines Stammes verschwägert war, konnte anfängliche Erfolge erzielen. Durch seine Führungsrolle im Aufstand und durch die Koordinierungsrolle anderer Scheichs traten die religiösen Motive des Aufstands in den Vordergrund. Es war jedoch kein allgemeiner Aufstand der Nakschibendi. Die türkischen Zweige des Ordens, die zur hannafitischen Rechtsschule gehören, beteiligten sich nicht an ihm. Aber es war auch keine allgemeine kurdisch-nationale Erhebung, da nicht alle Stammesführer die Vermittlerfunktionen der Scheichs akzeptierten. Einige größere Stämme arbeiteten mit den türkischen Truppen zusammen. Im Spätsommer nahmen die türkischen Truppen Scheich Said gefangen. Ein eigens geschaffenes „Unabhängigkeitsgericht“ verurteilte ihn und fünfzig weitere Anführer des Aufstands zum Tod und ließ sie vor der Moschee in Diyarbakır öffentlich hängen. Der Aufstand führte zum unmittelbaren Verbot aller religiöser Orden in der Türkei.

Für den von Atatürk angestrebten umfassenden Gesellschaftswandel mussten neue Inhalte die osmanische Identifizierung mit der islamischen Welt ersetzen. Der Rückgriff auf ein idealisiertes „Urtürkentum“ und dessen Rittertugenden sollte dem wieder entdeckten „Türken“ auch neue moralische Werte vermitteln.

Atatürks rigoreses, fast islamfeindliches Laizismusverständnis hatte keine Basis in der anatolischen Kultur. Die Verfechter des reinen kemalistischen Laizismus waren eine kleine Elite in der Beamtenenschaft, im Militär, in der Führungsspitze der von Atatürk gegründeten Staatspartei, die Republikanische Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi* – CHP) sowie Minderheiten, die unter der sunnitischen Orthodoxie diskriminiert und auch verfolgt worden waren.

Ein Zeitgenosse Atatürks, der Sozialphilosoph Ziya Gökalp (1876-1924), hatte mit seinem Werk: „Prinzipien des türkischen Nationalismus“ (1923) den Grundstein für eine Annäherung zwischen striktem Laizismus und traditioneller türkisch-islamischer Kultur gelegt. Durch Sprache und Kultur weise jede nationale Gesellschaft spezifische objektive und subjektive Voraussetzungen auf, welche sie von anderen nationalen Gesellschaften abhebe. Die Religion war für Gökalp ein Bestandteil der Kultur, auf die Türkei bezogen der Islam also ein Bestandteil der türkischen Kultur.

Beeinflusst durch Gökalps Sozialphilosophie, begann sich elf Jahre nach dem Tod von Atatürk das Laizismusverständnis zu wandeln. Aus dem Versuch, eine Brücke zwischen dem idealisierten Türkentum und dem Islam zu schlagen, entwickelte sich allmählich die „Türkisch-Islamische-Synthese“ (*Türk-İslam-Sentesi*). Sie ist seit 1986 offizielle Staatsdoktrin.

Bereits 1949 war der Religionsunterricht an den Schulen als Wahlfach wieder aufgenommen worden; die neu gegründeten Universität Ankara erhielt eine theologische Fakultät und es fanden die ersten offiziellen Kurse für islamische Prediger statt. Unter der Regierung Menderes (1950-1960) gingen daraus die „Priester- und Predigerschulen“ (*İmam-Hatip-Okulları*) hervor. 1959 kamen neu gegründete „Institute für höhere Islamstudien“ hinzu, die heute in allen größeren Städten eingerichtet sind. Das politische Pendel war wieder zur islamischen Seite ausgeschlagen. Und es schlug weiter aus. Denn trotz des Verbots der Orden hatten sie weiter fortbestanden. Besonders die Nakschibendi konnten ihre stillen Zikir-Riten insgeheim an jedem Ort abhalten. In der Ära Menderes durften die Sufis wieder öffentlich agieren, wodurch die Regierung bei den Wahlen deren Stimmen erhielt. Eine Änderung des Stiftungsgesetzes 1968 ermöglichte einzelnen Scheichs, ihre in Museen umgewandelten Ordenshäuser unter dem Deckmantel kultureller oder sozialer Stiftungen wiederzubeleben.

Nach dem Militärputsch gegen die Islam lastige Regierung Menderes hatten die Generäle in der Verfassung von 1961 dafür gesorgt, dass die beiden Säulen des kemalistischen Staats, Militär und Verwaltung, trotz aller gewährten weit reichenden demokratischen Grundrechte ein Mitspracherecht in der Politik behielten. Gleichzeitig versuchten die Erben des Kemalismus auch den Islam unter staatliche Kontrolle zu bringen, indem sie das „Direktorium für Religiöse Angelegenheiten“ als eine staatliche Dienststelle in den Verwaltungsapparat des Staates integrierten. 1965 wurde das Direktorium zur „Behörde“ (*Diyanet İşleri Başkanlığı* – DİB) aufgewertet und 1970 die Bediensteten dieser neuen Behörde in das Beamtenverhältnis übernommen. Wie alle anderen Behörden waren auch sie und ihre Beamten dem laizistischen Staatsverständnis verpflichtet. Sie durften keine Widersprüche zwischen Islam und laizistischen Staat sehen und keine Stellungnahmen zur Politik abgeben. Für Alltagsfragen erhielt jedoch der Ratsvorsitzende der DİB die Befugnis, wie früher der Scheich al-Islam, religiöse Gutachten zu erstellen.

Mit der Kontrolle des Islam wollte der Staat auch die radikalen, auf Veränderung des Staatswesens abzielenden islamischen Strömungen in den Griff bekommen. Die Religionsbehörde kontrollierte die Lehrpläne der islamisch-theologischen Lehranstalten und gestaltete sie modern und wissenschaftsorientiert, um mit dem Standard entsprechender Einrichtungen im Ausland konkurrieren zu können. Dennoch brachten diese Stätten keine eigentlichen Reformtheologen hervor und es fand keine Neuinterpretation der Religion und ihrer vielfältigen Traditionen statt. Der staatlich reglementierte Islam in der Türkei blieb in seinem Kern unspektativ und traditionalistisch und die institutionalisierten Vertreter akzeptierten unreflektiert die islamische Vergangenheit.

Über die DİB hatte der Staat einerseits die Möglichkeit, den Islam für seine Zwecke ideologisch zu instrumentalisieren, z. B. als Bollwerk gegen den Kommunismus. Durch die Verflechtungen zwischen Parteien und Verwaltung entstanden mit der Religionsbehörde andererseits aber auch Voraussetzungen für islamistische Parteien, bei entsprechender Regierungsbeteiligung Einfluss auf den Staatsislam nehmen zu können.

Der politische Islam von Scheich Kotku

Die weitgehenden demokratischen Grundrechte in der Verfassung von 1961 gaben islamistischen Parteien eine Möglichkeit, ihre Vorstellungen von einem islamischen Staatswesen zu verfolgen. Damit bewegten sie sich allerdings in einer legalen Grauzone, denn ihre Satzungen und erklärten Ziele durf-

ten keinen Widerspruch zum laizistischen Staatsverständnis bilden. Als Vater des politischen Islam in der Türkei gilt der Nakschibendi-Scheich Kotku.

Mehmet Zahit Kotku (1897-1980) hatte das Verbot der Orden als Ordensschüler in Istanbul erlebt. Er kehrte in seine Heimatstadt Bursa zurück, wo er als Imam tätig war. 1952 trat er die Nachfolge seines verstorbenen Nakschibendi-Scheichs in Istanbul an. 1958 stellte ihn das Direktorium für Religiöse Angelegenheiten offiziell als Imam an der İskenderpaşa-Moschee ein, wo Kotku bis zu seinem Tod wirkte. Der Nakschibendi-Ordenszweig von Kotku erhielt nach dieser Moschee seinen Namen: İskenderpaşaları.

Kotku forderte seine Schüler auf, sich die Abkehr vom strikten Laizismus zunutze zu machen, um das langfristige gesellschaftspolitische Ziel, den Islam wieder fest in der türkischen Bevölkerung zu verankern, zu verwirklichen. Die Strategie, um das Ziel zu erreichen, setzte an drei Punkten an:

- Die Verbreitung des Islam durch Korankurse: Seine Anhänger sollten so viele Koranschulen im Lande wie nur möglich eröffnen, um den Glauben in der Bevölkerung zu stärken. Voraussetzung dafür hatte die Wiederzulassung des Religionsunterrichts an den Schulen auf freiwilliger Basis geschaffen (1949).
- Aktive Beteiligung an der Politik: Seine Schüler sollten aktiv am politischen Leben teilnehmen, weil dies die Pflicht eines gläubigen Muslims sei und sie sollten die politischen Mechanismen des Staates benutzen, um die islamischen Grundprinzipien durchzusetzen. Die Gründung von Parteien schien ihm dafür ein geeignetes Mittel.
- Unterwanderung des Staatsapparats: Kotku ermunterte seine Anhänger, in den Staatsdienst zu treten und sich bis in die höchste Ebene der Beamtenhierarchie befördern zu lassen. Ende der sechziger Jahre arbeitete eine beachtliche Zahl von Kotku-Anhängern für die Staatliche Planungsorganisation (SPO) und als sich über Regierungsbeteiligungen ein Zugang zu den Ministerien bot, galt ihre besondere Aufmerksamkeit dem Erziehungs- und dem Innenministerium.

Kotku hatte sich als moderater, pluralistischer und reformatorischer Muslim ausgegeben, der den Islam den säkularen Prinzipien des Staats unterordnete. Dadurch hatte er Konfrontationen mit dem Staat vermieden. Ob sein eigentliches Ziel war, die laizistische Verfassung der Türkei durch die Scharia als Grundrecht zu ersetzen und ein islamisches Staatswesen zu errichten, muss dahingestellt bleiben. Denn im Islam gibt es die Möglichkeit, den Glauben und seine Gebote zu verleugnen, wenn Gefahr besteht (türk. *takiye* – Vorsicht, Furcht). Kotku kann daher auch argumentiert haben, dass unter dem Druck des Laizismus abgegebene Erklärungen, Versprechen und Eide nicht bindend seien, weil sie im Sinne der *Takiye* abgegeben wurden und die Offenlegung der wahren Absichten und Ziele zu Folter, Gefängnis und bis hin zum Tod geführt hätten.

Die Nachfolge von Kotku als Scheich der İskenderpaşaları trat sein Schwiegersohn, Mahmut Esat Coşan, an. Geboren 1938, war er 1982 bis zu seiner Emeritierung 1987 Professor an der theologischen Fakultät der Universität Ankara gewesen. Danach widmete er sich seinen in der ganzen Welt verstreuten Gemeinden. Er kam 2001 während eines Besuchs seiner Anhänger in Australien bei einem Verkehrsunfall ums Leben. Sein Sohn Muharrem Nureddin übernahm den Ordenszweig. Recep Tayyip Erdoğan, Ministerpräsident seit 2003, sagt man eine gewisse Nähe zu den İskenderpaşaları nach.

1970 hatte Kotku seinen Schüler Necmettin Erbakan veranlasst, eine islamistische politische Partei zu gründen, die jedoch das Verfassungsgericht 1971 wieder verbot. 1972 entstand die Nationale Heilspartei (*Milli Selamet Partisi* – MSP), deren Vorsitz nach erfolgreicher Wahlbeteiligung 1973 Erbakan übernahm. Mit der MSP erhielt die Bewegung der Sufiorden und -gemeinden neuen Auftrieb in der Türkei, und die Partei war bis zum Militärputsch 1980 deren politisches Sammelbecken.

1983 gründete Mahmut Ustaosmanoğlu – ein Vertrauter Erbakans – die Wohlfahrtspartei (*Refah Partisi* – RP). Vier Jahre später (1987) konnte Erbakan die Führung der Partei wieder selbst übernehmen. Die engen Verbindungen zwischen der RP und der Ordensbewegung blieben trotz einer durch die Mutterlandspartei erwachsenen Konkurrenz bis zum Verbot der RP 1998 weitgehend bestehen.

Rechtzeitig vor dem Verbot der RP (1998) hatte Recai Kutan, wiederum ein Vertrauter Erbakans, die Tugendpartei (*Fazilet Partisi* – FP) gegründet, und als auch diese Partei 2001 verboten wurde, gründete Kutan die Glückseligkeitspartei (*Saadet Partisi* – SP). 2003 übernahm Erbakan, durch neue Gesetzgebung inzwischen politisch rehabilitiert, den Vorsitz der SP.

Zum Schülerkreis um den 1980 verstorbenen Scheich Kotku hatten auch die Brüder Turgut und Korkut Özal gehört. Korkut Özal trat 1973 der MSP bei und war in den beiden kurzlebigen Koalitionsregierungen unter Beteiligung der MSP 1977 Minister. Ein Zerwürfnis zwischen Erbakan und Korkus Nachfolger Coşan führte dazu, dass dieser Nakschibendi-Zweig der İskenderpaşaları die von Turgut Özal 1983 neu gegründete Mutterlandspartei (*Anavatan Partisi* – ANAP) unterstützte. Die ANAP bot sich als neue politische Heimat für die Anhänger der vormaligen konservativen, der nationalen und der islamistischen Parteien an. Turgut Özal war bis November 1989 Ministerpräsident und anschließend bis zu seinem Tod 1993 Staatspräsident der Türkei. In der ANAP-Ära bis 1991 bekleideten außer Verwandten von Turgut Özal eine Reihe von Ordensmitgliedern und -anhängern Ministerposten. 1988 hatten die İskenderpaşaları die Mehrheit im Zentralkomitee der ANAP gewonnen, und ein Jahr später erhielt der Vorsitzende des Komitees, Mehmet Keçeçiler, einen Ministerposten, den er bis 1996 beibehielt. Ein kurzes Comeback hatte er in der großen Koalitionsregierung von 1999. Weitere Nakschibendi-Minister in der Özal-Ära waren Vehbi Dinceler, Minister 1989-1991 und Kamran Inan, der Sohn eines Nakschibendi-Scheichs aus der Provinz Bitlis. Letzterer war bereits 1973 mit Unterstützung der Sufiklientel seiner Familie in Bitlis ins Parlament gewählt worden. 1983 wiederum ins Parlament gewählt, trat er 1987 der ANAP bei und bekleidete von 1988 bis 1991 Ministerposten in der Regierung.

Ein anderer Kotku-Schüler, Kemal Unakitan, war von 2002-2009 Finanzminister in den Kabinetten der AKP.

Im Gegensatz zu der Nakschibendiye hatten sich nach 1993 die zahlenmäßig wesentlich geringer vertretenen Anhänger der Kadiriye der neuen Partei des Rechten Wegs (*Doğru Yol Partisi* – DYP) von Süleyman Demirel zugewendet. Unter der Nachfolgerin von Demirel an der Parteispitze, Tansu Çiller, nahm der Kadiri-Scheich Haydar Baş aus Trabzon eine Art Beraterposten ein. 2001 gründete er jedoch seine eigene Unabhängige Türkeipartei (*Bağımsız Türkiye Partisi* – BTP).

Eine türkische Sonderentwicklung: Sufigemeinden

Das Verbot der Orden hatte eine Sonderentwicklung in der Türkei eingeleitet. Es waren keine neuen Sufiorden mehr entstanden, aber nicht von einem Sufisheich offiziell als Kalifen und Nachfolger eingesetzte Ordensmitglieder hatten Anhänger um sich gesammelt und neue Sufigemeinden (*Cemaatlar*) gegründet. Diese Sufigemeinden reihten sich in die Tradition der Sufibewegung ein. Mehrere aus dem Nakschibenditum hervorgegangene Gemeinden, darunter die der Nurcu, der Süleymanci, der Işıkcılar und die İsmail Ağa Cemaati– spielen heute in der Türkei eine Rolle.

Die Bewegung der Nurcu (*Nurculuk*) geht auf den um 1873 in Nurs in der Provinz Bitlis geborenen Kurden Saidi Nursi zurück. Seine theologische Ausbildung hatte Nursi in einer Nakschibendi-Medrese erhalten und bereits vor dem ersten Weltkrieg viele Schüler um sich versammelt. 1925, zur Zeit des Aufstands von Scheich Said, befand sich Saidi Nursi in Bitlis. Obwohl er sich nicht am Aufstand beteiligt hatte, verbannten ihn die Behörden nach Barla bei Isparta im Westen des Landes. Auch hier fand Saidi Nursi zahlreiche Schüler für seine Lehren. In den nächsten 15 Jahren wurde der *Bediüzzeman* (Einzigartige der Epoche), wie er sich bezeichnete, mehrfach wegen seiner religiösen, antilaizistischen Ansichten inhaftiert. Während der längeren Haftstrafen entstanden die „Abhandlungen über das göttliche Licht“ (*Risale-i Nur*), 130 einzelne Schriftsätze über seine theologischen Lehren. In ihnen interpretierte er vor einem sufistischen Hintergrund den Koran neu, um so eine Synthese zwischen moderner Wissenschaft und einer vom Ballast befreiten islamischen Gelehrsamkeit herzustellen.

Saidi Nursi verstarb 1960 während einer Reise durch die Türkei in Urfa. Sofort nach der Machtübernahme im gleichen Jahr ließ das Militär Nursis Grab im Hof der dortigen Ulucami einbauen. Dennoch unternahmen noch immer Anhänger Wallfahrten zu diesem Ort.

Heute gibt es weltweit rund 30 Gruppierungen, die sich auf Saidi Nursi berufen. Eine Gruppe in der Türkei ist die der Fetullahi um Fetullah Gülen, eine andere die besonders konservativ-radikale Gruppierung der Aczimendi von Müslüm Gündüz.

Fethullah Gülen war erst 1994 ans Licht der Öffentlichkeit getreten. Zu dieser Zeit unterhielt er gute Beziehungen zu Demirel und dessen DYP; die Koalition Erbakan-Çiller 1996/1997 beendete jedoch die Verbindungen zwischen der DYP und den Fethullahi. Der Geheimdienst überwachte misstrauisch die Bewegung um Gülen, die sich dem laizistischen Staat gegenüber betont loyal verhielt. 1999 lieferten Telefonüberwachungen dem Staatssicherheitsgericht Material für eine Anklage gegen Gülen we-

gen antilaizistischer Umtriebe. Einer möglichen Verhaftung entzog sich Gülen durch einen längeren „Krankheitsaufenthalt“ in den USA.

Müslüm Gündüz hatte 1985 eine weitere, sich auf Saidi Nursi berufende Bewegung ins Leben gerufen. Obwohl ebenfalls ein Ableger der Nakschibendiye, haben die Aczimendi von anderen Orden die „offenen“ Zikir-Riten mit gesungenen Rezitationen unter Begleitung des Schellentamburins übernommen. Ihre Kleidung ist betont konservativ-islamisch. 1997 führte eine nächtliche Razzia zu einem Skandal um Gündüz. Als Aufnahmen einer halb nackten Konkubine, mit der Gündüz überrascht worden war, in der Presse veröffentlicht wurden, sahen viele darin eine Verletzung der Menschenwürde. Auch nach seiner Verurteilung ist Gündüz weiterhin das Oberhaupt der Gemeinde, die sich als Derwischorden, *Tarikat*, bezeichnet.

Der Namensgeber der Bewegung der Süleymanci war der Nakschibendi-Scheich Ebu'l Faruk Süleyman Hilmi Silistrevi, mit bürgerlichem Namen Süyleman Hilmi Tunahan. Tunahan, 1888 bei Silistre im heutigen Bulgarien geboren, besuchte eine Medrese, erhielt die Lehrbefähigung und erwarb den Dokortitel in islamischer Theologie. 1920 erhielt er in Istanbul eine Anstellung als Prediger. Nachdem die neue Schulpolitik unter Atatürk den Religionsunterricht aus den Schulen verbannt hatte, mietete Tunahan bei Çatalca westlich von Istanbul einen landwirtschaftlichen Betrieb. Hier begann er zwischen 1930 und 1936, Jugendliche im Koran zu unterweisen. Offiziell galten sie als Landarbeiter. Sie arbeiteten für einen geringen Lohn, den sie für die Koranunterweisungen wieder ausgaben.

Die Gemeinde um Tunahan wuchs und begann den Argwohn der Behörden zu erregen. Unter der Präsidentschaft von İsmet İnönü, dem Nachfolger Atatürks, wurden die Korankurse Tunahans verboten. Dennoch setzte sie Tunahan an geheimen Orten – in abgestellten Eisenbahnwaggons, Kellern und Scheunen – fort. Mehrfach liefen Ermittlungen gegen ihn und er wurde wiederholt verhaftet. 1948 erhielt er jedoch vom Direktorium für Religiöse Angelegenheiten eine Anstellung als Prediger. Nach Tunahans Tod 1959 übernahm sein Schwiegersohn Kemal Kaçar (1917-2000) die Führung der Anhänger Tunahans. Da Kaçar selbst kein Kalif war, entstand aus dem heimlichen Ordenszweig die Sufigemeinde der Süleymanci. 1965 wandte sich Kaçar der Politik zu und gelangte als Abgeordneter der Nationspartei (*Milli Partisi* – MP) in die Nationalversammlung; 1969 und 1977 kandidierte er erfolgreich für Demirels Gerechtigkeitspartei (*Adalet Partisi* – AP). Sein Neffe, Arif Mehmet Denizolgun, geb. 1956, ein Enkel von Tunahan, setzte die politische Tradition fort. Arif Mehmet war 1995 als Abgeordneter der RP ins Parlament gewählt worden und 1997, als Erbakan nach einem Jahr als Regierungschef zurückgetreten war, zur ANAP gewechselt. In der folgenden Regierung unter Mesut Yılmaz (ANAP) erhielt Arif Mehmet das Transportministerium. 1999 wiedergewählt, gelang 2002 der ANAP – und damit ihm – nicht der Sprung ins Parlament. Dafür aber hatte sein um zwei Jahre älterer Bruder, Mehmet Beyazit Denizolgun, die Zeitzeichen erkannt und sich 2001 an der Gründung der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (*Adalet ve Kalkınma Partisi* – AKP) von Recep Tayyip Erdoğan beteiligt. Er und ein weiterer einflussreicher Mann der Süleymanci, Göksal Küçükali, wurden 2002 in Istanbul zu Parlamentsabgeordneten gewählt.

Über die Ideologie der Süleymanci ist nur wenig bekannt, da sie sich bewusst davor hüten, ihre Ansichten über die Medien zu verbreiten. Charakteristisch für sie ist jedoch ein radikal-konservatives Islamverständnis.

Auch bei den Işıklılar ging nach dem Tod des Scheichs Abdülhakim Arvası 1943 die geistige Kette des Ordenszweiges verloren. Der 1860 geborene Abdülhakim war 1919 nach Istanbul gekommen, wo er als Scheich das Kaşgari-Tekke bei Eyüb übernommen hatte. Nach seinem Tod führte sein Schüler Hüseyin Hilmi Işık das Werk des Scheichs an der Spitze einer neuen Sufigemeinde fort.

Işık, ein Oberst a. D., Dipl. Chemiker, Apotheker und religiöser Unterweiser, wurde 1911 in Istanbul geboren und starb dort im Jahre 2001. In seinem 1975 erschienenen und in deutscher Sprache ins Internet gestellten Buch: „Der Weg der Ahl-I Sunna“ äußerte er sich u. a. abfällig über die fundamentalistische Glaubensströmung der Wahhabiten in Saudi-Arabien. Auch Juden, Christen, Atheisten, Apostaten (vom Glauben Abgefallene), Kommunisten und Freimaurer bedachte er mit unfreundlichen Worten. Nach Işıks Tod übernahm sein Schwiegersohn, Enver Ören, die Führung der Gemeinde.

Mahmut Ustaosmanoğlu war von 1954-1996 Imam der İsmailağa-Moschee in Istanbul und hatte eine Gemeinde von Anhängern der Nakschibendiye um sich geschart. Mit 65 Jahren gab er sein Amt als Imam auf, blieb jedoch weiterhin Oberhaupt einer Cemaat, die sich als *Tarikat*, versteht. Auch seine Anhänger kleiden sich bewusst konservativ-islamisch: die Männer tragen lange, weitärmelige und ungeknöpfte Roben (*cüppe*), lange Bärte und Turbane, die Frauen einen schwarzen Umhang (*hicap*),

ganz ähnlich dem Tschador in Iran. 1998-2006 erschütterten mehrere Morde an möglichen Nachfolgern von Ustaosmanoğlu die Gemeinde.

Wirtschaft und Politik – die Trümpfe der Sufis

Unter Turgut Özal als Ministerpräsident hatte eine Anerkennung der religiösen Führer als offizielle Vertreter der Zivilgesellschaft begonnen. Dies und die einsetzende Wirtschaftsliberalisierung in den neunziger Jahren führten zu einem „goldenen“ Zeitalter der Orden und Gemeinden. Über Stiftungen bauten Ordenszweige und Sufigemeinden z. T. riesige Wirtschaftsimperien auf. Enver Ören z. B. gehört die Ihlas-Holding, die Fetullahi unterhalten 203 Unternehmen, die İskenderpaşaları 56 und der Kadiri-Scheich Haydar Baş verwaltet sieben Unternehmen. Mit den Einnahmen aus den Unternehmen finanzieren sie Zeitungs- und Buchverlage, einige sogar eigene Rundfunk- und Fernsehanstalten, über die sie ihre Ansichten verbreiten. Eine besondere Zielgruppe ist die Jugend. Orden und Gemeinden gründeten private Schulen; sie bieten Korankurse und Sommercamps an und unterhalten Studentenwohnheime.

Der derzeitige Ministerpräsident Erdoğan und seine AKP haben viele Anhänger in den Kreisen um die Sufiorden und -gemeinden. Über ihre wirtschaftliche Stärke können die Sufis Wählerstimmen mobilisieren und über Partei- und Regierungsposten aktiv die Politik mitbestimmen. Unter modernen Vorzeichen haben die Sufis einen gesellschaftlichen und politischen Status wiedererlangt, den sie schon in seldschukischer und osmanischer Zeit innegehabt hatten.

Erhard Franz, Hamburg, September 2010

Anmerkung:

Obwohl keine Fußnoten und ständige Quellennachweise eingefügt sind, ist alles, was im Artikel erwähnt wird, nachprüfbar und belegbar.